



# Wunschtraum Bildung – für alle?

**Durch die Corona-Pandemie rücken die Menschenrechte immer mehr in den Fokus. Zu ihnen gehört auch das Recht auf Bildung. Aber was bedeutet es für Personen, die das Bildungssystem nicht im Fokus hat?**

Mona Saidi



„In Reaktion auf die Auswirkungen der Pandemiebekämpfung muss der Staat vor allem faktische Maßnahmen ergreifen, etwa die Schulen besser ausstatten.“ Michael Lysander Fremuth, wissenschaftlicher Direktor des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Grund- und Menschenrechte

Foto: Fremuth Liga

**Das Recht auf Bildung** dürfe niemandem verwehrt werden, so steht es zumindest im Artikel zwei des Zusatzprotokolls der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), die in Österreich Verfassungsrang hat. Dank der Corona-Maßnahmen der Regierung stehen unsere Verfassung und Rechte stärker denn je im Fokus. So wurden Schulen und Universitäten teilweise geschlossen und durch Fernunterricht ersetzt. Doch mangelnde Technik, soziale Ungleichheit und Sprachbarrieren mindern die Bildungschancen einer gesamten Generation.

Michael Lysander Fremuth, Professor an der Universität Wien und wissenschaftlicher Direktor des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Grund- und Menschenrechte, sagt dazu: „Der Staat darf für den Zugang zu verschiedenen Bildungseinrichtungen durchaus Voraussetzungen und Eingangstests festlegen, in denen auch Sprachkenntnisse ein wesentliches Kriterium sein können. Ein Problem entsteht, wenn er dabei ausblendet, dass weite Teile der Bevölkerung aufgrund mangelnder Sprachkompetenz exkludiert werden. Hier braucht es Angebote der auch frühkindlichen Förderung und Weiterbildung.“ Laut einer Erhebung von Statistik Austria liegt im Schuljahr 2018/19 der Anteil an Schüler\*innen, für die Deutsch nicht die erst-

genannte Alltagssprache ist, bei 52,2 Prozent. Davon sind öffentliche Schulen mit 55,5 Prozent weitaus stärker betroffen als Privatschulen mit nur 37 Prozent. Sprache gilt als zentraler Schlüssel zum Zugang zur Bildung, nicht nur zur Integration. Bildung ist ein Mittel, um Armut zu bekämpfen, doch im derzeitigen Bildungssystem steht genau diese Armut der Bildung entgegen.

## Bildungsverlierer in Zeiten einer Krise

Eine Kritik am Bildungssystem betrifft den Mangel an Förderangeboten, vor allem im Bereich der Sprachförderung. Menschen aus bildungsfernen, sozioökonomisch schwächeren Familien oder mit Migrationshintergrund starten mit schlechteren Bedingungen.

Auf diese „Bildungsverlierer“ macht die Lehrerin und Journalistin Melisa Erkurt in ihrem Buch „Generation Haram“ aufmerksam. Sie beschreibt die strukturellen Grenzen der Bildungspolitik, an die engagierte Pädagog\*innen stoßen. Das Schicksal von Migrant\*innen hänge oft nur von einer einzigen Lehrperson ab, die an sie glaubt. Offenbar wächst eine Generation ohne Sprache und Selbstwert heran. Die Corona-Pandemie hat die soziale Schere noch weiter geöffnet.

„In Reaktion auf die Auswirkungen der Pandemiebekämpfung muss der Staat vor allem faktische Maßnahmen ergreifen, etwa die Schulen besser ausstatten, IT-Infrastrukturen verbessern und Technik bereitstellen, Lehrende für Distance Learning fortbilden sowie Betreuungs- und Sprachförderungsangebote ausbauen“, sagt Fremuth. Doch öffentliche Aufmerksamkeit allein reiche nicht, um die Defizite im Bildungsbereich nachhaltig zu beheben. Laut Fremuth müsse durch normenklare Gesetze eine rechtliche Grundlage für Fernlehre in der Zukunft geschaffen werden. Fragen, die es dabei zu beantworten gebe, betreffen Inhalt und Ausmaß der Fernlehre sowie die Sicherstellung von Prüfungsgerechtigkeit.

Im Herbst beginnt der neue postgraduale Masterlehrgang „Human Rights“ an der Universität Wien. Er verbindet wissenschaftliche Expertise mit der praxisorientierten Erfahrung: [www.postgraduatecenter.at/humanrights](http://www.postgraduatecenter.at/humanrights)

**Laut einer Erhebung von Statistik Austria liegt im Schuljahr 2018/19 der Anteil an Schüler\*innen, für die Deutsch nicht die erstgenannte Alltagssprache ist, bei 52,2 Prozent**

## Werden die gefördert, die es brauchen?

Eine staatliche Förderung im Bildungssektor könnte in die frühkindliche Entwicklung einfließen, etwa durch weitere verpflichtende Kindergartenjahre, obligatorischen Sprachunterricht oder längeres gemeinsames Lernen. „Bei frühkindlichen Angeboten sitzen häufig die Kinder dort, die es nicht wirklich brauchen; jene, die Unterstützung dringend benötigen, werden hingegen nicht erreicht. Ein Staat, der hier aktiver wird, stärker eingreift und Förderungen auch verpflichtend anbietet, wird allerdings auch – etwa hinsichtlich des elterlichen Erziehungsrechts – Opposition provozieren“, erklärt Fremuth die potenziellen Auswirkungen auf die Freiwilligkeit der Angebote.

Nicht nur Angebote für Kinder, sondern auch Fort- und Weiterbildungen für Pädagog\*innen sollte ein Schwerpunkt sein. Eine Chance sieht der Menschenrechtsexperte darin, „Bewusstsein für das Lernen in multikulturellen Kontexten zu schaffen. Auch die sozialen Mechanismen, die das Selbstbewusstsein von Migrant\*innen und Menschen abseits des klassischen Bildungsbürgertums beeinflussen, und deren Selbstbild in Bezug auf vorstellbare Karriereewege prägen, sollten mehr beachtet werden.“

Davon schreibt Erkurt in „Generation Haram“ und bezeichnet es als „Overperforming“ von Migrant\*innen. „Wir Bildungsaufsteigerinnen und -aufsteiger haben Diskriminierung, vor allem in der Schule, erfahren, die uns hat doppelt und dreifach mehr leisten lassen als unsere autochthonen Mitschülerinnen und Mitschüler, um zu beweisen, dass wir hierhergehören“, schreibt Erkurt. „Wir leben in einer Wissensgesellschaft. Der Staat und die Gesellschaft haben folglich ein eminentes Eigeninteresse daran, dass Menschen nach Fähigkeit, Eignung und Engagement gleichbehandelt werden und gleiche Chancen bekommen, um sich verwirklichen und zum Wohlergehen des Gemeinwesens beitragen zu können“, sagt Fremuth.

Ein Mittel dazu könnte Menschenrechtsbildung etwa auch an der Uni sei. So wird im kommenden Herbst ein neuer postgradualer Masterlehrgang namens Human Rights an der Universität Wien beginnen. Er verbindet wissenschaftliche Expertise und Exzellenz mit der praxisorientierten Erfahrung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Grund- und Menschenrechte ([www.postgraduatecenter.at/humanrights](http://www.postgraduatecenter.at/humanrights)). Unter der Leitung von Michael Lysander Fremuth wird der berufsbegleitende einjährige Lehrgang einen fundierten Zugang zur Vielfalt von Menschenrechten auch für Personen ohne juristische Vorkenntnisse bieten und dabei nicht nur theoretisches Wissen, sondern auch Fähigkeiten für die praktische Menschenrechtsarbeit vermitteln.

[sommerschule.gv.at](http://sommerschule.gv.at)

Sommerschule2021  
Du studierst Lehramt?\*

Dann kannst du diesen Sommer richtig punkten.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Foto: istock

**Bundesministerium  
Bildung, Wissenschaft  
und Forschung**



Die Sommerschule 2021 ermöglicht dir als Lehramtsstudent/In eines höheren Semesters, aktiv Sprachkenntnisse zu vermitteln. Für deine Unterrichtspraxis erhältst du bis zu 5 ECTS-Punkte. **Jetzt anmelden!**

Alle Informationen auf [www.sommerschule.gv.at](http://www.sommerschule.gv.at)

\*bevorzugt höhersemestrig Studierende der Primarstufe oder Sekundarstufe Allgemeinbildung Unterrichtsfach Deutsch und Mathematik.